



Presseschau vom 17.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Ex-Präsident Polens nennt Gefahrenquellen für „gute Beziehungen zur Ukraine“

Der Anstieg des Nationalismus sowie der fehlende Dialog auf mehreren Ebenen können die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine signifikant verschlechtern, erklärte der ehemalige polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski. Dies berichtet die Zeitung „Ukrainska Prawda“ („Ukrainische Wahrheit“) am Samstag.

„Im Moment können wir einen Anstieg des Nationalismus nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa beobachten. Es besorgt mich, dass dies zu einer Gefahr für die guten Beziehungen zur Ukraine werden könnte“, wird Kwaśniewski von der Zeitung zitiert.

Ihm zufolge würden die Länder leiden – „wegen des Fehlens des Dialogs auf verschiedenen Ebenen – von Politikern und Experten bis hin zur Gesellschaft“.

In diesem Zusammenhang sehe er die Gefahr, dass die Nachbarstaaten in ihren Beziehungen den schlechtestmöglichen Weg einschlagen könnten.

Zuvor wurde berichtet, dass Polen Kilometer lange Zäune an der Grenze zu Weißrussland und der Ukraine aufstellen wolle. Als offizielle Begründung wurden allerdings Wildschweine genannt – sie würden nämlich die Schweinepest nach Polen bringen.

armiyadnr.su: Dringende Information des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Um 22:20 wurden von den Positionen des 34. Panzergrenadierbataillons der 57.

Panzergranadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte 10 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf den **Kirowskij-Bezirk von Donezk** abgeschossen. In der Folge des Beschusses traf ein Geschoss ein mehrstöckiges Wohnhaus in Abakumowa, Prudowaja-Straße 10. Durch einen glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

de.sputniknews.com: Kreml hegt keine Befestigungspläne in Syrien – Putins Beauftragter Moskau hat nicht zum strategischen Ziel, sich in Syrien zu befestigen, wie der Syrien-Beauftragte des russischen Präsidenten und Leiter der russischen Delegation bei den Syrien-Verhandlungen in Astana, Alexander Lawrentjew, in einem Interview mit dem russischen Fernsehen sagte.

„Ich möchte noch einmal betonen: (...) Wir verfolgen nicht irgendwelche strategischen Ziele, die darin bestünden, uns in diesem Raum (Syrien) zu befestigen. Unser Ziel ist der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der für die russischen nationalen Interessen eine Bedrohung darstellt“, so Lawrentjew...

de.sputniknews.com: **Minsk bezeichnet westliche Meldungen zu „Zapad“-Manöver als Lügen**

Die Behauptungen westlicher Medien, dass an dem laufenden gemeinsamen russisch-weißrussischen Truppenmanöver „Zapad 2017“ (deutsch: „Westen 2017“) angeblich über 100.000 russische Soldaten teilnehmen, entsprechen absolut nicht der Realität, erklärte am Samstag Wladimir Makarow, Vertreter des weißrussischen Verteidigungsministeriums. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen erklärte in diesem Zusammenhang am 7. September, an diesen Manövern würden sich über 100.000 Soldaten beteiligen. Dies sei eine Demonstration der russischen Kampfstärke, warnte sie. An jenem Tag nahm sie außerdem an einem Treffen mit europäischen Kollegen in Tallinn teil, wo unter anderem die „russische Bedrohung“ besprochen wurde.

„Diese Zahl, die 100.000, entsprechen kein bisschen der Realität“, erklärte Makarow nun gegenüber Journalisten.

Er unterstrich, dass Vertreter sowohl des russischen als auch des weißrussischen Verteidigungsministeriums zuvor offiziell die genauen Zahlen der Truppenstärke und Militärtechnik veröffentlicht hätten. Darüber hinaus seien alle Angaben auch über diplomatische Kanäle an die westlichen Partner übermittelt worden.

Der weißrussische Vertreter bestätigte zudem erneut, dass die Gesamtzahl der Soldaten, die an diesen Manövern teilnehmen, bei 12.700 liege. 10.200 sollen dabei auf dem Territorium Weißrusslands eingesetzt werden, davon etwa 7.000 Weißrussen und rund 3.000 Russen.

„Die Zahlen sind korrekt. Ihr braucht keine Zweifel zu haben“, versicherte Makarow. Zuvor hatte bereits der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, die Erklärungen der deutschen Ministerin klar zurückgewiesen. Die Information über die angeblichen 100.000 russischen Soldaten sei „aus der Luft gegriffen“, so Konaschenkow.

Er erinnerte auch daran, dass das Bundesverteidigungsministerium in Berlin schon weit im Voraus umfassende Informationen über das Leitmotiv der Manöver, ihren Verteidigungscharakter sowie die realen Zahlen der dabei eingesetzten russischen Soldaten aus Moskau bekommen hätte.

Die strategischen Militärmanöver „Zapad 2017“ finden vom 14. bis zum 20. September in Weißrussland sowie an drei Truppenübungsplätzen in Russland statt.

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **29 Mal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Kalinowo, Shelobok, Smeloje, Kalinowka, Prischib, Logwinowo, Choroscheje, Sokolniki, Kalinowo-Borschtschewatoje, Golubowskoje.**

Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: SPD-Politiker über Russlanddeutsche: „Musterbeispiel für gelungene Integration“

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) widerspricht dem Vorurteil, Russlanddeutsche seien per se AfD-nah. Er hat einen guten Draht zur russlanddeutschen Landsmannschaft. Im Sputnik-Interview warnt Pistorius vor zu großer Distanz zu Russland. Erst vergangene Woche besuchte der Innenminister drei Veranstaltungen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in Niedersachsen. Er habe einen guten Draht zu Lilli Bischoff, der Vorsitzenden der Gruppe. Zudem habe er selbst in der Schule Russisch gelernt und spreche es.

Pistorius berichtete:

„Ich bemühe mich sehr um Russlanddeutsche. Es ist eine Bevölkerungsgruppe, die ich sehr, sehr schätze. Sie ist in weiten Teilen ein Musterbeispiel für gelungene Integration. Ich werbe um sie, aber nicht als Wählergruppe, sondern als Mitglieder unserer Gesellschaft.“

Russlanddeutsche gelten allgemein eher als Anhänger von CDU oder AfD. Der Sozialdemokrat widersprach: „Es stimmt nicht, dass Russlanddeutsche AfD-nah sind oder überwiegend AfD wählen.“ Er weigere sich, dem diffamierenden Pauschalurteil zu folgen: „Selbst wenn sie früher überwiegend CDU gewählt haben – inzwischen reden wir über die zweite, dritte Generation. Das ist nicht in Stein gemeißelt. Wir als Sozialdemokraten tun gut daran, uns um alle Menschen zu kümmern, die bei uns leben, hier geboren sind oder zu uns kommen.“

„Entfernung von Russland hat Europa noch nie gut getan“

In der Russland-Politik vertritt Pistorius einen klaren Standpunkt: Europa brauche Russland als starken Partner und umgekehrt. „Es hilft uns überhaupt nicht, wenn wir uns dauerhaft voneinander entfernen. Das hat dem Kontinent Europa noch nie gut getan. Das heißt aber nicht, dass man alles kritiklos hinnimmt. Man muss auch unter Freunden deutlich Dinge ansprechen.“

Deutschland brauche eine ausgewogene Politik, meint der niedersächsische Innenminister. Der Blick dürfe nicht nur nach Washington gerichtet sein. Aufgrund der westdeutschen Geschichte sei das aber weiter notwendig. Pistorius hob hervor: „Amerika bleibt der wichtigste Partner, aber Russland ist nicht weniger wichtig. Dass man sich auf die USA nicht mehr so verlassen kann wie früher, das sieht man deutlich am Verhältnis zu Donald Trump.“

armiyadnr.su: Operative Information über die Lage

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **47 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **17 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Panzer, Mörsern, Schützenpanzerwagen und Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In der Folge eines nächtlichen Beschusses des **Kirowskij-Bezirk von Donezk** erlitt der **zivile Einwohner A. O. Schaparow**, geb. 1995 eine **Explosionsverletzung** am Brustkorb. Der Verletzte wurde ins Zentrale Klinische Krankenhaus von Donezk eingeliefert.

de.sputniknews.com: **Keine Aufhebung auch nach Minsk-II-Erfüllung: USA halten an Russland-Sanktionen fest**

Auch nach der Umsetzung der Minsker Abkommen wollen die USA die antirussischen Sanktionen nicht aufheben. Dies teilte der Sonderbeauftragte des US-Außenministeriums für die Ukraine, Kurt Volker, laut dem Fernsehsender „112 Ukraina“ mit.

Einer Aufhebung der Sanktionen stehe die Wiederaufnahme der Halbinsel Krim in den Bestand Russlands im Wege. „Selbst wenn Russland das (die Minsker Abkommen – Anm. d. Red.) erfüllt, selbst wenn wir die Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität im Donbass sehen, egal durch welchen von uns geschaffenen Mechanismus. Die Sanktionen, die wegen der Krim verhängt worden sind, bleiben in Kraft“, zitiert der TV-Sender Volker. Mehrere europäische Staats- und Regierungschefs, darunter auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, hatten zuvor mehrmals eine Aufhebung der Sanktionen mit der Umsetzung der Minsker Abkommen verknüpft.

Vor kurzem hat sich auch Bundesaußenminister Sigmar Gabriel für eine Lockerung der Sanktionen ausgesprochen, falls die von Präsident Wladimir Putin vorgeschlagene Friedenstruppen-Mission im Donbass zustande kommen sollte...

de.sputniknews.com: **Moskau zu neuen US-Vorwürfen zu Schlägen gegen syrische Opposition**

Bevor das Pentagon Russland Luftangriffe auf Stellungen der oppositionellen „Demokratischen Kräfte Syriens“ (SDF) vorwirft, soll es zuerst laut dem russischen Sicherheitspolitiker Alexej Puschkow an eigene Attacken auf die syrische Regierungsarmee und an die Versorgung der Dschihadisten mit Waffen zurückdenken.

Somit reagierte er auf die jüngsten Vorwürfe der US-Koalition, wonach die russische Luftwaffe angeblich SDF-Stellungen bombardiert haben soll.

„Bevor das Pentagon Russland vorwirft, sollte es sich daran erinnern, wie es die Stellungen der syrischen Armee bombardiert und die Dschihadisten für 2,5 Milliarden US-Dollar bewaffnet hat“, schrieb das Mitglied des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus) auf Twitter.

Die US-geführte internationale Anti-IS-Koalition hatte Russland beschuldigt, die SDF-Stellungen östlich des Euphrat-Flusses unweit von Deir ez-Zor in der Nacht auf Samstag angegriffen und Angehörige der US-Koalitionspartner verletzt zu haben.

Zuvor hatte eine kurdische Quelle gegenüber RIA Novosti gesagt, dass sechs SDF-Angehörige durch einen Schlag der syrischen Luftwaffe betroffen gewesen seien.

Die syrischen Regierungstruppen gaben derweil keine Kommentare dazu ab.

Moskau hatte mehrmals betont, seine Luftangriffe in Syrien erfolgten nur nach einer sorgfältigen Prüfung der Aufklärungsdaten. Indes konnte der Westen keine Beweise für angebliche Angriffe der russischen Luftwaffe auf Zivilobjekte in Syrien vorlegen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31746/10/317461080.jpg>

rusvesna.su: Saakaschwili versammelt den Maidan am 17. Oktober

Der ehemalige Präsident Georgiens Michail Saakaschwili kündigte seine Absicht an, zusammen mit Aktivisten, gesellschaftlichen Organisationen und Politikern am 17. Oktober in Kiew mit drei Grundsatzforderungen aufzutreten.

„Wir haben beschlossen, uns zusammenzuschließen zu einer Initiative von Bürgeraktivisten und uns in Kiew am 17. Oktober mit drei Forderungen zu versammeln: die Schaffung von Anti-Korruptionsgerichten, die Abschaffung der parlamentarischen Immunität und die Annahme eines neuen Wahlgesetzes. Und weitere Forderungen werden wir bis zum 17. in der ganzen Ukraine sammeln“, erklärte er....

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters des Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko

Trotz aller Anstrengungen der Volksmiliz der LVR haben die ukrainischen Streitkräfte einseitig den „Schulwaffenstillstand“ gebrochen. Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich **heftig verschärft**, die ukrainischen Truppen haben wieder begonnen, schwere Artillerie zu verwenden.

Die Zahl der Beschüsse auf das Territorium der Republik hat seit dem 13. September täglich zugenommen. 13. September - 7 Beschüsse, 14. September - 8, 15. September - 10, 16. September - 14, und in den letzten 24 Stunden hat der Gegner **30 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

Bei den Beschüssen wurden Artilleriegeschütze des Kalibers 122mm, 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 340 Geschosse abgeschossen. Wir meinen, dass die Beschüsse mit der Vorbereitung des Auftritts von Poroschenko bei der UN-Generalversammlung am 20. September verbunden sind sowie auch damit, dass es bei den ukrainischen Streitkräften keinen Befehl gibt, der das Feuer vollständig verbietet. Außerdem wird die Verwendung von Waffen durch einen finanziellen Zuschlag für aktive Kämpfe stimuliert, den Poroschenko und Poltorak versprochen haben.

Wir wenden uns an die internationalen Beobachter, das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung und die OSZE die von den ukrainischen Kräften zugelassenen Verstöße zu registrieren und ihrer Führung über die Verschärfung der

Situation durch die Schuld der ukrainischen Seite zu berichten.

An der gesamten Kontaktlinie wurde die Aufklärung unter Anwendung von Drohnen aktiviert. Der Gegner verschiebt aktiv Waffen und Technik, konzentriert Personal in der Zone der Strafoperation.

Die Volksmiliz der LVR hält die übernommenen Friedensverpflichtungen, die in Minsk erreicht wurden, ein. Gleichzeitig sind wir zu jeder Entwicklung der Ereignisse bereit und behalten uns das Recht vor, im Fall einer unmittelbaren Gefahr für das Leben der Soldaten und der friedlichen Bürger der LVR sowie bei Versuchen des Gegners, die Kontaktlinie zu verändern, das Feuer zu erwidern, um aggressive Handlungen des Gegners zu unterbinden. Eine weiteres Mal wenden wir uns an die Weltöffentlichkeit und die internationalen Beobachter, dass sie Druck auf die militärisch-politische Führung der Ukraine ausüben und sie zwingen, die in Minsk übernommenen Verpflichtungen einzuhalten.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Ex-Nato-Chef nennt Konditionen für Lockerung der Russland-Sanktionen

Der ehemalige Nato-Generalsekretär und Sonderberater des ukrainischen Präsidenten, Anders Fogh Rasmussen, hält laut der Agentur UNIAN eine mögliche Milderung einiger antirussischer Sanktionen für durchaus möglich, wenn Russland der Entsendung einer „realistischen Friedensmission“ in den Donbass zustimmen wird.

Wie Rasmussen bei dem 14. Forum „Europäische Strategie von Jalta“ (YES) in Kiew sagte, muss die Mission tatsächlich einen friedlichen Charakter haben und mit einem rechtsfähigen Mandat ausgestattet werden, das es ihr ermöglicht, die russisch-ukrainische Grenze zu kontrollieren.

„Gerade zu diesem Zweck müssen wir unseren Druck auf Russland weiter fortsetzen“, so Rasmussen.

Zuvor hatte der Ukraine-Beauftragte der USA, Kurt Volker, die Idee zur Entsendung einer UN-Friedensmission in den Donbass kritisiert. Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin hatte indes diese Initiative als „erwartete Manipulation“ bezeichnet.

Am Rande des Gipfels der BRICS-Staaten im chinesischen Xiamen Anfang September hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, Russland bereite eine Resolution für den UN-Sicherheitsrat vor, um den Einsatz einer UN-Friedensmission im Donbass zu ermöglichen. Die Blauhelme sollen demnach die Sicherheit der OSZE an der Kontaktlinie zwischen der ukrainischen Armee und den Volkswahren der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ost-Ukraine gewährleisten.

Ukrinform.ua: Hrojsman: Export der Ukraine in EU beträgt 44 %

Der Export der Ukraine in die EU belaufe sich im Moment auf 44 %, erklärte gestern der Premierminister der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, während des internationalen Forums „Yalta European Strategy“, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Ich sehe die Perspektiven der Entwicklung der Ukraine darin, dass die Wirtschaft schneller wachsen wird, ich sehe, dass in der Ukraine neue Arbeitsplätze geschaffen werden, weil wir heute neue Märkte erschließen. Wir haben die traditionellen russischen Märkte verlassen und sind zu neuen übergegangen. Heute ist der Export der Ukraine in die EU im Strukturexport um 44 Prozent höher. Vor kurzem waren es noch 25 Prozent“, sagte Hrojsman.

Der Ministerpräsident hat versichert, dass die Regierung weiß, was man tun muss, damit die Situation stabil wird und die Menschen das spüren, „wir müssen eine Großreparatur im Land durchführen“.

In diesem Kontext stellte Hrojsman weiter fest, dass bereits die Umsetzung einer Reihe von Infrastrukturprojekten begonnen hat, insbesondere betreffe dies den großangelegten Bau von Straßen der Ukraine.

„Wir arbeiten darauf hin, dass die Leute spüren, dass sich die Situation ändert“, sagte der ukrainische Premierminister.

de.sputniknews.com: **Ukraine: SupermarktkassiererIn spricht „frech“ Russisch – Polizei eilt zur Hilfe**

In der ukrainischen Stadt Wyschhorod nahe Kiew hat ein Supermarktkunde die Polizei alarmiert, weil die KassiererIn ihn auf Russisch angesprochen haben soll. Dies teilte der Mann selbst in seinem Facebook-Profil mit.

„Ich teile mit, dass sie gegen die Gesetze der Ukraine verstößt, gemäß denen die Bedienung/die Bereitstellung von Informationen auf Ukrainisch erfolgen müssen. Sie sagt frech: ‚Aber ich verstehe kein Ukrainisch. Und überhaupt, ich bin Russin‘“, schreibt der User. Aus diesem Grund, so der Mann weiter, habe er den Manager des Geschäftes gerufen, der aber nicht gekommen sei. Auch das Beschwerdebuch sei ihm verweigert worden. Danach habe er die Polizei alarmiert und Anzeige erstattet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31557/08/315570853.jpg>

de.sputniknews.com: **„Unlogisch“: Oberhauschefin über UN-Blauhelm-Mission an russisch-ukrainischer Grenze**

Die Initiative der USA, eine UN-Friedenstruppe an der russisch-ukrainischen Grenze zu stationieren, entbehrt laut der Vorsitzenden des Föderationsrates (Oberhaus des russischen Parlaments), Valentina Matwijenko, jeder Logik.

Bei ihrem Besuch in Turkmenistan sagte Matwijenko gegenüber Journalisten: „Ich sehe keinerlei Logik in diesem Vorschlag.“

Ihr zufolge läuft der Sinn der Idee der Stationierung von Blauhelmen der Uno im Donbass darauf hinaus, die Sicherheit der Mitglieder der OSZE-Mission zu gewährleisten, die die Situation an der Trennlinie zwischen den Konfliktseiten überwachen.

Dabei schließt Matwijenko nicht aus, dass die Beobachter auf ihren Reisen innerhalb des gesamten Konfliktgebietes von Blauhelmen begleitet werden können.

„Diejenigen, die die Einwohner der selbsterklärten Republiken des Donbass mit Stacheldraht umgeben bzw. umringen und diese Menschen vernichten möchten, werden an diesem Versuch

scheitern“, so Matwijenko weiter.

Das US-Außenministerium fordert nachdrücklich, dass eine Friedenstruppe im Konfliktgebiet des Donbass, darunter auch an der russisch-ukrainischen Grenze, stationiert werden müsse. Washington betrachtet eine internationale Truppe als „potentielles Mittel zum Schutz der ukrainischen Bürger unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit bzw. ihrer Nationalität“. Moskau hatte am 5. September im Auftrag des russischen Präsidenten eine Resolution über Blauhelme in den UN-Sicherheitsrat eingebracht. Das Dokument sieht die Stationierung einer Friedenstruppe an der Trennlinie zwischen der Volkswehr der nicht anerkannten Republiken und den Streitkräften der Ukraine vor. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sprach sich dagegen aus, dass der Einsatz einer Friedenstruppe im Donbass mit der Volkswehr der selbsterklärten Republiken abgestimmt werde. Daraufhin sagte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow, dass UN-Blauhelme „nirgends und nie ohne Zustimmung der Seiten stationiert werden“.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Im Vorfeld des Auftritts von Poroschenko bei der UN-Generalversammlung am 20. September und eines weiteren Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk, haben die ukrainischen Streitkräfte zielgerichtet den Beschuss von Wohngebieten der Republik aktiviert. P. Poroschenko plant, in seinem Auftritt die Führung der Republiken der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen.

Allein in den letzten 24 Stunden wurden **47 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt, was der Aktivität bei den Provokationen vor dem ‚Schulwaffenstillstand‘ entspricht.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, Panzer, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **12 Ortschaften** wurden drei Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, ein Panzergeschoss, 37 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 51 des Kalibers 82mm abgefeuert.

In Folge des Beschusses des **Kirowskij-Bezirks von Donezk** mit Mörsern des Kalibers 120mm von den Positionen der 92. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kokorjow erlitt **Anatolij Olegowitsch Schaparow**, geb. 1995, eine **Splitterverletzung**. Zu diesem Sachverhalt hat die Generalstaatsanwaltschaft der DVR ein Strafverfahren eingeleitet. Alle Verbrecher werden ihre verdiente Strafe entsprechend den Normen des internationalen humanitären Rechts erhalten. Den Sachverhalt der Verletzung eines zivilen Einwohners haben Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination bestätigt. OSZE-Vertreter sind auch über diesen weiteren Fall von Genozid an zivilen Einwohnern des Donbass informiert.

Außerdem während des Beschusses des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** der **zivile Einwohner** Walentin Radionowitsch Romanow, geb. 1941, eine **Explosionsverletzung**. Der Verletzte wurde ins das städtische Krankenhaus Nr. 14 eingeliefert.

In **Richtung Mariupol** hat der Gegner sieben Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Gebiete von **Leninskoje und Oktjabrj** abgefeuert. Das Gebiet von **Kominternowo** wurde unter Verwendung von Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. In **Richtung Gorlowka** wurde das Gebiet des **Kontroll- und Passierpunkts „Majorsk“** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Am 2. September hat Poroschenko das Gesetz „Über die Amnestie 2016“ unterzeichnet, das die Befreiung von 1700 im Gefängnis sitzenden Soldaten und Mitgliedern nationalistischer Formationen, die gegen die Einwohner des Donbass gekämpft haben, von strafrechtlicher Verantwortung vorsieht.

Es wurde entdeckt, dass vom staatlichen Berater der Justiz 3. Klasse Rjabenko im Vorfeld der

Amnestie Arbeiten zur Motivierung und zum **Heranziehen von Verurteilten zur Fortsetzung des Dienstes in der ATO-Zone** durchgeführt wurden. 1700 Personen gaben ihre Zustimmung. Es ist nicht verwunderlich, dass es nicht so viele waren, die wieder zum Kanonenfutter Kiews werden wollten.

Aber allein die Tatsache, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte Kriminelle mit sadistischen Neigungen und kranker Psyche in seine Reihen aufnimmt, ist ein deutlicher Hinweis auf den Zustand der ukrainischen Armee insgesamt.

de.sputniknews.com: „Wir haben Amerikaner gewarnt“: Russland reagiert auf US-Vorwürfe zu Syrien

Das Kommando der russischen Luftwaffe hat die amerikanische Seite über seine Operation im syrischen Deir ez-Zor im Voraus in Kenntnis gesetzt. Dies teilte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, am Sonntag mit.

Damit kommentierte er die Vorwürfe der US-geführten Koalition, wonach bei einem Angriff der russischen Luftstreitkräfte Kämpfer der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) verletzt worden sein sollen. Zuvor hatte eine kurdische Quelle gegenüber der Agentur RIA Novosti gesagt, dass sechs SDF-Mitglieder bei einem Luftschlag syrischer Kampfflugzeuge verletzt worden seien.

Die russische Luftwaffe greife nur vorher ausgekundschaftete und über mehrere Kanäle bestätigte Ziele in den von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS, auch Daesh) kontrollierten Gebieten an, betonte Konaschenkow.

„In erster Linie werden Stellungen der Terroristen vernichtet, von denen aus ein massiver Beschuss auf die syrischen Truppen geführt wird“, so der Sprecher.

In den letzten Tagen habe es keinerlei Aufklärungsdaten über jegliche Zusammenstöße zwischen dem IS und den bewaffneten Vertretern einer „dritten Seite“ gegeben. Daher sei es unklar, so der Sprecher, wie oppositionelle Kämpfer und Militärberater der internationalen Koalition die IS-Gebiete unbehelligt betreten konnten. Diese Frage müssten die Vertreter der internationalen Koalition selbst beantworten.

Die US-geführte internationale Anti-IS-Koalition hatte zuvor Russland vorgeworfen, die SDF-Stellungen östlich des Euphrat-Flusses unweit von Deir ez-Zor in der Nacht auf Samstag angegriffen und Angehörige der US-Koalitionspartner verletzt zu haben.

Die syrische Regierungsarmee hatte am 5. September mit Unterstützung der russischen Luftwaffe die Blockade von Deir ez-Zor durchbrochen. Die Stadt war mehr als drei Jahre lang von den Terroristen belagert gewesen. Das russische Verteidigungsministerium sprach in diesem Zusammenhang von dem wichtigsten Sieg über den IS seit drei Jahren.

de.sputniknews.com: Zapad-2017: Putin inspiziert Militärübungen bei Sankt Petersburg

Der russische Präsident Wladimir Putin wird einen Teil der russisch-weißrussischen Militärmanöver „Zapad-2017“ inspizieren, der am Montag im Gebiet Leningrad (Sankt Petersburger Umland) durchgeführt werden soll. Das teilte der Pressedienst des Kremls mit.

„Der Oberste Befehlshaber inspiziert die Handlungen der Streitkräfte des Unionsstaates von Russland und Weißrussland während der Hauptphase der strategischen Übungen ‚Zapad-2017‘, die auf dem Truppenübungsgelände ‚Luschski‘ laufen wird.“...

novorosinform.su: Poroschenko genehmigte die Erhöhung des Militärbudgets um 1 Mrd. US-Dollar

Der Präsident der Ukraine Poroschenko setzte den Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates (SNBO) der Ukraine zur Erhöhung des Militärbudgets im nächsten Jahr auf 165,37 Mrd. Griwna (ungefähr 6,4 Mrd. US-Dollar) gegenüber den 138 Mrd. Griwna (5,3 Mrd. US-Dollar im Jahr 2017 in Kraft).

Dies berichtet TASS mit Verweis auf den Pressedienst Poroschenkos.

„Das Staatsoberhaupt setzte die entsprechende Entscheidung des SNBO in Kraft. Die Kontrolle für deren Umsetzung obliegt dem Sekretär des SNBO der Ukraine Alexandr Turtschinow“, heißt es in der Meldung.

Zuvor hatte der Sekretär des SNBO Turtschinow erklärt, dass oberste Priorität der Haushaltsfinanzierung die Schaffung neuer Waffensysteme und Militärtechnik sei, insbesondere die Produktion von modernen Präzisionsraketen- und Artilleriewaffen, gepanzerten Fahrzeugen, Munition und Präzisionswaffen.

Auch hatte Turtschinow versprochen, dass die Höhe des Militärhaushaltes der Ukraine mindestens 5% des Bruttoinlandsprodukts betragen werde.

Die Erhöhung des Militärbudgets der Ukraine kam zeitgleich mit Berichten über eine starke Verschärfung der Situation an der Front im Donbass, die man in der DVR mit dem bevorstehenden Besuch Poroschenkos in der UN-Generalfversammlung in Verbindung bringt.

de.sputniknews.com: Iran-Putsch 1953: US-Wirtschaft und CIA gemeinsam gegen Demokratie – neue Dokumente:

Kürzlich veröffentlichte Materialien des US-Außenministeriums (State Department) werfen ein neues Licht auf den CIA-geführten Putsch 1953 im Iran. Das berichtet die Schweizer Wochenzeitung WOZ in ihrer gedruckten Ausgabe vom 7. September. Danach hat ein Vertreter der US-Öl-Industrie aktiv mitgewirkt und deren Interessen gesichert.

Der Ölmanager Max Thornburg spielte laut den vom State Department freigegebenen Dokumenten eine größere Rolle bei dem Putsch gegen den iranischen Regierungschef Mohammad Mossadegh als bisher bekannt, schreibt die WOZ. Der damalige CIA-Vizedirektor Allan Dulles habe Thornburg beauftragt aufzuschreiben, wie er sich die Zukunft des Irans vorstelle. Das vierseitige „Thornburg Program“ vom 22. August 1952 habe einen Putsch des Schahs gegen die demokratische gewählte Regierung vorgeschlagen.

Der Ideengeber war Manager des US-Ölkonzerns Standard Oil. Als solcher soll er in den 30er Jahren mit dem späteren CIA-Chef in Kontakt gekommen sein, der damals laut WOZ in der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell saß. Die habe den Konzern im Ausland vertreten.

Thornburg sei 1948 das erste Mal in den Iran gekommen. Als „Emissär einer neuen Weltordnung“ habe er Mohammad Resa Schah Pahlawi beraten und zu Reformen in der Ölindustrie geraten. Die war durch Streiks infolge schlechter Arbeitsbedingungen in Schwierigkeiten. Der „Stellvertreter des US-Privatsektors“ habe 1950 bereits dem Schah geraten, die Gegner seines Entwicklungsprogramm verhaften zu lassen.

Seine Hoffnungen seien aber erst 1953 erfüllt worden, „als die nach einem Reinigungsmittel benannte CIA-Operation ‚Ajax‘ die demokratisch legitimierte Regierung Mossadeghs wegfegte“. Zuvor habe das iranische Parlament Thornburgs Reformen abgelehnt und gefordert, die Ölindustrie zu verstaatlichen. Die Arbeitskämpfe hätten vor allem der kommunistischen Tudeh-Partei Zulauf gebracht, erinnert der WOZ-Beitrag, und zur Wahl Mossadeghs als Ministerpräsident durch das Parlament 1951 geführt.

Bollwerk gegen die Sowjetunion

Dieser habe „relativ gutes Verhältnis zu den USA“ gehabt, wohingegen er die zuvor dominanten Briten aus dem Land warf. Washington habe ihn sogar als „ein alternativloses Bollwerk gegen die Sowjetunion gesehen“. Doch nachdem auch Mossadegh die Unruhen nicht stoppen haben könne, hätten die USA wieder befürchtet, der Iran könnte „den Sowjets zufallen“. Daraufhin habe die CIA 1952 den Standard Oil-Manager um Hilfe gebeten, so WOZ-Autor Roman Enzler. „Eine demokratische Regierungsform sei im Iran fehl am Platz, meint Thornburg. Die USA könnten zuschauen, wie das Land scheitere und hinter den Eisernen Vorhang falle, oder Schritte hin zu einer ‚vernünftigeren Regierung‘ unterstützen.“ Der Plan habe eine Diktatur der „eisernen Hand“ vorgesehen: mit ausgerufenen Notstand, verhafteten Politikern, aufgelöstem Parlament und verbotenen Zeitungen. Der Schah sei aus

CIA-Sicht dafür als ungeeignet eingeschätzt worden. Trotzdem wurde er in die weiteren Planungen einbezogen, wie die Dokumente laut der WOZ zeigen. Mit Hilfe massiver Propaganda sollte dabei Stimmung gegen Mossadegh und für den Schah gemacht werden.

Antikommunistische Zielrichtung

Als Dulles im Januar 1953 CIA-Chef wurde, habe er erneut den Ölmanager Thornburg eingeladen. Nach der Entscheidung, sich im Iran zusammen mit den Briten einzumischen, hätten die USA aber auf den Manager verzichtet, weil London ihn verachtet habe. Der WOZ-Beitrag verweist auf ein interessantes Detail:

„General Faslollah Sahedi soll gemäss Planung Mossadeghs Nachfolger unter einem per Dekret regierenden König werden. Unter anderem wird Sahedis Zusammenarbeit mit den Nazis während des Zweiten Weltkriegs in einem Memorandum positiv hervorgehoben: ‚Der General wird bestimmt nicht plötzlich zum Kommunisten werden‘, so die Logik des Geheimdienstes.“

Den veröffentlichten Entwürfen für die „Ajax“-Operation nach sollte Mossadegh mit Hilfe der Propaganda in die Nähe der kommunistischen Tudeh-Partei gerückt werden. Die wiederum sollte verdächtigt werden, den Schah stürzen zu wollen. Dieser habe die Putschpläne abgelehnt, so die WOZ, und erst auf Druck durch die CIA eingewilligt.

Putsch-Ziel erreicht – bis 1979

Der Putschversuch am 16. August 1953 sei zuerst gescheitert, weil der Ministerpräsident von einem loyalen Armeeeoffizier gewarnt worden sei. Die Putschisten seien verhaftet worden und der Schah vorsorglich nach Bagdad abgehauen, erinnert die Zeitung. Washington habe den Umsturz abgeblasen, doch einige CIA-Agenten vor Ort hätten weitergemacht. Sie verbreiteten Kopien des vorbereiteten Schreibens vom Schah für die Absetzung des Premiers und Flugblätter, wonach Mossadegh den Schah ins Exil geschickt habe. Dazu organisierten sie einen bezahlten Mob, der sich als kommunistisch ausgab und in Teheran randalierte. Die Folgen beschreibt die WOZ so:

„Das Ziel ihrer US-Sponsoren, den roten Teufel an die Wand zu malen, verfehlten sie nicht: Am Folgetag bildeten sich Massendemonstrationen gegen die Kommunisten, gegen Mossadegh und für den Erhalt der Monarchie. In der Folge wird Mossadegh doch noch von Einheiten der Armee festgenommen und Sahedi neuer Ministerpräsident.“

Die Ideen- und Auftraggeber in den USA konnten sich zurücklehnen: „Wie Thornburg es skizziert hatte, wird der Schah nach seiner Rückkehr zum Autokraten, der zur Beilegung des Ölstreits Hand bietet. Standard Oil und vier weitere US-Unternehmen erhalten ein Stück vom Kuchen, und der Iran wird zum größten Abnehmer US-amerikanischer Rüstungsgüter.“ Bis 1979 der Schah durch die islamische Revolution gestürzt wird und Ayatollah Khomeini die Macht im Iran übernimmt. Der weitere Gang der Geschichte bis heute dürfte bekannt sein.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31062/81/310628143.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Absturz russischer Militärdrone bei Donezk? Experte kommentiert Kiews Vorwurf**

Drohnen vom Typ Orlan-10 aus russischer Produktion, von denen eine von ukrainischen Soldaten im Gebiet Donezk entdeckt und als Beweis für eine Beteiligung Moskaus am Militärkonflikt im Donbass genutzt wurde, sind im freien Handel erhältlich. Das sagte der russische Militärexperte Konstantin Siwkow gegenüber der Webseite „360“.

Siwkow, korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Raketen- und Artilleriewissenschaften, sieht nichts Besonderes darin, dass das Luftfahrzeug in dieser Region erschienen war.

„Orlan-10 ist ein unbemanntes Fluggerät doppelter Zweckbestimmung. Solche Fluggeräte werden im zivilen Bereich vielfach eingesetzt, sind im freien Handel erhältlich und werden faktisch uneingeschränkt ins Ausland exportiert“, so der Experte.

Er verwies darauf, dass Orlan-10 bei Reparaturarbeiten auf größeren Flächen, zur Beobachtung von schwer zugänglichen Gebieten, zur Brandbekämpfung und bei Notfallsituationen breite Anwendung gefunden hat.

Der Experte äußerte die Überzeugung, dass die besagte Drohne nicht zu militärischen Zwecken in der Ukraine eingesetzt worden sei. „Ein solches Gerät kann nur als militärisch betrachtet werden, wenn es in einem Waffensteuerungssystem aktiviert ist“, erläuterte Siwkow. Es gleiche Spielzeugflugzeugen, wie sie in Kinderkaufhäusern angeboten würden, sei aber etwas größer.

Zuvor hatte es aus Kiew geheißen, dass ein unbemanntes Luftfahrzeug vom Typ Orlan-10 im Gebiet Donezk abgestürzt sei. Das Gerät habe dazu gedient, eine militärische Aufgabe zu erfüllen, was von einer Einmischung Russlands in den Konflikt in der Ostukraine zeuge, wurde behauptet.

Der Vize-Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Föderationsrates (russisches Parlamentsoberhaus) und Leiter der Kommission für den Schutz der staatlichen Souveränität, Andrej Klimow, hat in einem Gespräch mit dem russischen Auslandssender RT angenommen, dass das Ziel derartiger Meldungen eine Provokation sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31746/40/317464001.jpg>

Dan-news.info: Die Samenzuchtbetriebe der Republik haben für die Herbstfeldarbeiten 950 Tonnen qualitativ hochwertiges Saatgut vorbereitet. Dies berichtete heute der Leiter der staatlichen landwirtschaftlichen Inspektion der DVR Wladimir Semergej.

„Insgesamt gibt es heute im landwirtschaftlichen Bereich der Republik sechs spezialisierte landwirtschaftliche Unternehmen, die das Recht haben, Elite- und Reproduktionssamen sowie Setzlinge zu produzieren und zu verkaufen“, sagte er. „In Vorbereitung zur in der DVR begonnenen Aussaatkampagne haben sie fast 950 Tonnen qualitativ hochwertiger Samen für Winterweizen produziert und den Landwirten der Republik angeboten“.

Nach den Worten Semergejs sind davon 280 Tonnen Elitesaatgut, weitere 670 Tonnen Saatgut aus erster Reproduktion. Für die Aussatarbeiten in der DVR werden in diesem Jahr perspektivreiche Samen für Winterweizen der Elitekategorie und aus erster Reproduktion der russischen Selektionen „Adel“, „Grom“, „Brigada“, „Donskaja jubilejnaja“, „Stanitschnaja“ sowie Getreidesorten ukrainischer Selektionen „Blagodarka“, „Odesskaja“, „Knjaginja Olga“ und andere verwendet. Außerdem wurden 16 Tonnen Elitesaatgut für Wintergerste vorbereitet. „Die Überprüfung und Bestimmung der Saatqualität der Samen geht weiter. Alle Partien von Winterkulturen, die für den Verkauf bestimmt sind, sind mit Zertifikaten bezüglich Art und Sorte versehen und in das staatliche Register der Pflanzensorten, die für die Verbreitung auf dem Territorium der RF geeignet sind, eingetragen“, sagte der Leiter der staatlichen Inspektion.

Insgesamt werden in diesem Jahr in der DVR Wintergetreidekulturen auf einer Fläche von fast 100.000 Hektar ausgesät werden.

de.sputniknews.com: USA versprechen Nordkorea Vernichtung für „leichtsinniges Verhalten“. Die USA können und werden Nordkorea vernichten, sollte das Land sein „leichtsinniges Verhalten“ fortsetzen. Dies sagte die US-Botschafterin bei der Uno, Nikki Haley, am Sonntag gegenüber dem Sender CNN.

„Wenn Nordkorea sein leichtsinniges Verhalten fortsetzt, wenn die Vereinigten Staaten sich und ihre Verbündeten auf irgendeine Weise verteidigen werden müssen, wird Nordkorea vernichtet“, sagte sie.

Zwar wolle Washington zunächst auf diplomatischem Wege „die Aufmerksamkeit“ Pjôngjangs bekommen, doch sollte dies nicht gelingen, werde Verteidigungsminister James

Mattis „sich darum kümmern“.

Zudem betonte Haley, der UN-Sicherheitsrat habe bereits fast alle möglichen Maßnahmen unternommen, was die USA „ermüdet“ habe.

Am Freitag sagte der Nationale Sicherheitsberater der USA Herbert McMaster, eine militärische Lösung des Konflikts mit Nordkorea sei immer noch eine Option. Dennoch wolle Washington diese nicht umsetzen und bevorzuge stattdessen diplomatische und wirtschaftliche Maßnahmen.

Am selben Tag hatte Nordkorea um 07.06 Uhr Ortszeit (00.06 Uhr MESZ) erneut eine Rakete in Richtung Japan abgefeuert. Wie der Generalsekretär der japanischen Regierung, Yoshihide Suga, erklärte, hat die Rakete japanisches Territorium überflogen und war in 2000 Kilometer Entfernung vom Kap Erimo (Hokkaido) im Meer niedergegangen.

Zuvor hatte der südkoreanische Staatschef Moon Jae-in Nordkorea mit Vernichtung gedroht, sollte es weitere Raketentests vornehmen.

Am Donnerstag drohte das nordkoreanische Friedenskomitee für Asien und den Pazifik den USA und Japan mit atomarer Vernichtung, nachdem der UN-Sicherheitsrat am Montag gegen Pjöngjang die härtesten Sanktionen in der Geschichte des 21. Jahrhunderts beschlossen hatte – als Reaktion auf den sechsten und bislang stärksten nordkoreanischen Atomtest.